

WIR im Lahn-Dill-Kreis

Migration - Integration - Vielfalt

Newsletter 33/2022

Inhalt

- ❖ Aktuelles Thema:
Ukraine
Seite 2-4
- ❖ Aus der Region
Seite 5-7
- ❖ Vielfalt in Politik
und Gesellschaft
Seite 7-9
- ❖ Arbeit und Bildung
Seite 10-11
- ❖ Gesundheit
Seite 11-12
- ❖ Rassismus -
Debatte
Seite 12-13
- ❖ Migration weltweit
Seite 15-16
- ❖ Kultur
Seite 16-17

Liebe Leserinnen und Leser,

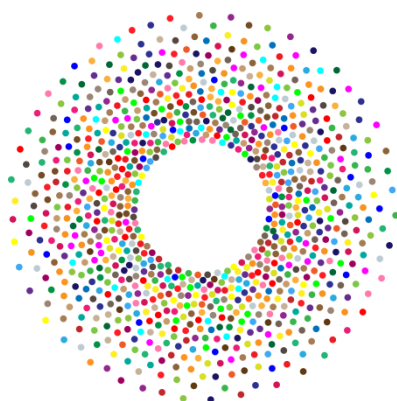
Europa erlebt gerade die schlimmste Dürre seit mindestens 500 Jahren. Laut einer [EU-Studie](#) leidet aktuell fast die Hälfte des Kontinents unter Dürre. Zu den Folgen zählen Ernteaufschläge und Probleme bei der Energieproduktion. Waldbrände, Eisschmelze, Unwetter: Der Mensch spürt die Erderwärmung. Häufigkeit und Ausmaß aufeinanderfolgender Dürren werden bis zum Ende des Jahrhunderts in Mitteleuropa deutlich zunehmen – darüber sind sich die meisten Klimaexperten einig. Global gesehen werden voraussichtlich immer mehr Menschen wegen Extremwetterereignissen ihre Heimat verlassen oder verlassen müssen.

Die Klimakrise und ihre Folgen führen aber nicht automatisch zu mehr Migration, so die gängige Forschungsmeinung. Migration findet vor allem innerhalb der Länder oder in Länder mit geringen oder mittlerem Wohlstandsniveau statt. Länder, die besonders für hohe Emissionen verantwortlich sind, sind weniger betroffen. Ob Menschen migrieren oder nicht hängt auch davon ab, wie gut sie sich an veränderte Umweltbedingungen anpassen oder davor schützen können – und auch insbesondere davon, welche politischen Maßnahmen zum Schutz und zur Risikominimierung getroffen werden.

Immer wieder werden Prognosen veröffentlicht, die besagen, dass „hunderte Millionen Menschen“ in den nächsten Jahrzehnten wegen des Klimawandels fliehen werden. Aufgrund fehlender Daten zu klimabedingter Migration sind aber Prognosen nur schwer zu treffen. Außerdem sind Migrationsentscheidungen oft sehr komplex, da die berufliche oder familiäre Situation eine wichtige Rolle spielt. Der Klimawandel kann zudem dazu führen, dass Menschen in manchen Regionen ärmer werden und deshalb gar nicht migrieren können. Andere passen sich an den Klimawandel an oder kehren nach einiger Zeit in ihre Heimat zurück. All das ist auch für Wissenschaftler schwer vorherzusagen. Mehr zu diesem Thema finden Sie [hier](#).

Norbert Wenzel

[Vielfaltszentrum „WIR“ im Lahn-Dill-Kreis](#)



1

Zahlen, Daten, Fakten

Rund 80.000 Geflüchtete aus der Ukraine in Hessen

Vor knapp einem halben Jahr kamen die ersten ukrainischen Geflüchtete in Hessen an. Nach [Angaben des Innenministeriums](#) in Hessen waren im August 78.156 Personen als Flüchtlinge aus der Ukraine registriert. Darunter wurden 50.725 Frauen, 22.720 Kinder (bis 13 Jahre) sowie 6317 Jugendliche (14 bis 17 Jahre) erfasst. 2294 Menschen sind Drittstaatenangehörige oder Staatenlose, die sich zum Zeitpunkt des Kriegsausbruchs mit Daueraufenthaltsrecht oder befristetem Aufenthaltsrecht in der Ukraine aufgehalten haben und die nicht sicher in ihr Heimatland zurückkehren können. Etwa aus Russland, Afghanistan oder Aserbaidschan.

Die Unterbringung der vielen zusätzlichen Geflüchteten aus der Ukraine stellt die Kreise und Städte im Land vor große Herausforderungen, obwohl große Ankunftscentren wie Sport- oder Leichtbauhallen bereits wieder geschlossen werden konnten. Obwohl die Ukrainer als relativ gut ausgebildet gelten, waren in Hessen im Juli rund 13.100 Ukrainer arbeitslos gemeldet und zumeist auf Sozialleistungen angewiesen. Viele Ukrainer befinden sich aktuell noch in Integrationssprachkursen und kommen erst nach und nach in den Jobcentern an. In den hessischen Schulen lernen aktuell etwa 13.000 Kinder und Jugendliche aus der Ukraine, meist in speziellen Integrationsklassen und -kursen.

Integration auf gutem Weg

Bisher 144.000 Integrationskurse genehmigt

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) hat einem [Zeitungsbericht](#) zufolge bisher 144.000 Integrationskurse für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine genehmigt. 52.000 Geflüchtete hätten ihren Kurs bereits begonnen, meldete das „RedaktionsNetzwerk Deutschland“ unter Berufung auf einen Lagebericht der Bundesagentur für Arbeit. Geflüchtete aus der Ukraine haben seit dem 1. Juni Anspruch auf Hartz-IV-Leistungen. Damit können Menschen, die vor dem russischen Angriffskrieg nach Deutschland geflüchtet sind, auch von den Jobcentern beraten und zu Bewerbungen vermittelt werden.

Entlastung gefordert

146.000 ukrainische Kinder an deutschen Schulen

Fast 900.000 Bürger aus der Ukraine sind laut einem [Lagebericht der Agentur für Arbeit](#) seit Kriegsbeginn am 24. Februar nach Deutschland eingereist. Bis Ende Juni hätten sich 353.424 Ukrainer bei Arbeitsagenturen, Jobcentern und anderen kommunalen Stellen gemeldet. Davon seien 265.153 im erwerbsfähigen Alter zwischen 15 und 67 Jahren, davon mehr als Dreiviertel weiblich. Zugleich zählen die Familienkassen inzwischen knapp 121.000 Anträge auf Kindergeld, wie es weiter hieß. Mittlerweile gäbe es 146.000 Schülerinnen und Schüler an deutschen Schulen. Vor diesem Hintergrund fordert der [Verband Bildung und Erziehung](#) mehr Unterstützung für die Schulen.

ifo - Studie

Ukrainische Flüchtlinge wollen arbeiten

90 Prozent der Geflüchteten aus der Ukraine wollen in Deutschland eine Beschäftigung aufnehmen. Zu diesem Ergebnis kommt das ifo Institut in einer Umfrage unter 936 Ukrainer*innen. 42 Prozent arbeiten bereits in ihrem Beruf oder sind auf der Suche nach einer qualifizierten Stelle. 32 Prozent sind auch bereit, unter ihrer Qualifikation zu arbeiten. Als gering schätzen 16 Prozent ihre Möglichkeiten am deutschen Arbeitsmarkt ein. Nur 10 Prozent sehen keine Perspektive zu arbeiten oder haben kein Interesse. Die Pressemitteilung des Ifo-Instituts hierzu finden Sie [hier](#).

15 Millionen Euro

Neues Förderprogramm für Ehrenamtliches Engagement

Bürgerschaftlichen Engagements in Krisenzeiten stärken: Das ist das Ziel des neuen Förderprogramms der [Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt](#) (DSE). Insgesamt stehen 15 Millionen Euro aus dem Haushalt des Bundesinnenministeriums zur Verfügung. Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt hat ihren Sitz in Neustrelitz. Die Gründung der Bundesstiftung war ein zentrales Ergebnis der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Sie ist die zentrale und bundesweite Anlaufstelle für ehrenamtliches Engagement.

„Blinde Kuh“

Kinder-Nachrichtenseite mit Ukraine-Spezial

Die [Kinder-Nachrichtenseite "Blinde Kuh"](#) hat bereits im Frühjahr ein Ukraine-Spezial veröffentlicht, das seither laufend ergänzt und aktualisiert wird. Hier finden Kinder Informationen über das Leben in der Ukraine, insbesondere Berichte von Gleichaltrigen, Länderinfos, Informationen zum Hintergrund des Konflikts, zum Thema Frieden, aber auch Hilfsangebote. Außerdem bietet Blinde Kuh Linktipps für ukrainische Kinder zur Orientierung in Deutschland, zum Deutschlernen und Verstehen.

Deutsche Aidshilfe

Videos für ukrainische Geflüchtete

Eine [10-teilige Videoreihe](#) der Deutschen Aidshilfe auf YouTube richtet sich an ukrainische Geflüchtete. Themen sind: Funktion des deutschen Gesundheitssystems, die Behandlung von HIV, queeres Leben in Deutschland, Diskriminierung von LGBTIQ, Tuberkulose-Behandlung, Drogenberatung und Drogenhilfe, Substitution in Deutschland, Sexarbeit in Deutschland und Flucht aus der Ukraine nach Deutschland ohne ukrainischen Pass.

Stichtag 31. August

Unsicherer Status für geflüchtete Studierende aus Drittstaaten

Viele Studierende, die aus der Ukraine nach Deutschland geflüchtet sind, aber ursprünglich aus anderen Ländern kommen, müssen um ihren Aufenthaltsstatus fürchten. Ende August läuft eine Übergangsregelung aus, mit der sich Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine ohne Visum in Deutschland aufhalten können. Während Ukrainer*innen vergleichsweise einfach an eine Aufenthaltserlaubnis kommen, ist das für Menschen aus sogenannten Drittstaaten komplizierter. Viele Studierende aus Maghreb-Staaten und dem südlichen Afrika fürchten, dann ausreisen zu müssen. Nur wenige Bundesländer haben bereits auf diese Situation reagiert und für die Personengruppen Übergangsregelungen gefunden. Mehr dazu finden Sie beim [MEDIENDIENST](#).



Ungewöhnliche Freundschaft

Bergisch Gladbach wird Partnerstadt von Butscha

Die ukrainische Stadt hatte vor dem Angriff Russlands rund 35.000 Einwohner und liegt 25 Kilometer nordwestlich von Kiew. Butscha war zeitweise von russischen Truppen besetzt, nach ihrem Abzug wurden mehrere hunderte Tote entdeckt, die zum Teil wahllos erschossen worden waren. Der Bürgermeister der ukrainischen Stadt Butscha hat Bergisch Gladbach offiziell eine [Städtepartnerschaft](#) angeboten. Der Hauptausschuss votierte einstimmig dafür, das Angebot anzunehmen und die Partnerschaft Schritt für Schritt aufzubauen. Die Verbindung zu Butscha ist über die polnische Partnerstadt Pszczyna, die mit Butscha seit längerem freundschaftliche Beziehungen unterhält, zustande gekommen. Um die Kontakte zu intensivieren und Butscha tatkräftig unterstützen zu können, ist die Gründung eines Arbeitskreises oder Vereins bereits in der Planung. Der Stadt Bergisch Gladbach möchte Butscha in dieser äußerst schweren Zeit und auch zukünftig solidarisch zur Seite stehen und mit allen zur Verfügung stehenden Hilfsmitteln unterstützen.

Bei der Interkulturellen Woche im LDK mitmachen!
Buntes Programm für eine vielfältige Gesellschaft ist online

Vom 21. September bis 06. Oktober findet die Interkulturelle Woche im LDK statt. Das [Vielfaltszentrum](#) koordiniert die Interkulturelle Woche bereits zum vierten Mal und wird sie am 21. September eröffnen. Das komplette Programm finden Sie [hier](#) oder in der [Integreat-App](#), verfügbar für iOS- und Android-Geräte. Eine barrierefreie Version ohne Bilder kann eingesehen werden unter www.lahn-dill-kreis.de/ikw2022barrierefrei



Die Initiative für Vielfalt auf deutschen Sportplätzen

Powered by:



Gefördert vom



Im Rahmen des Bundesprogramms



In Kooperation mit:



Unterstützt durch:



Veranstaltung des Vielfaltszentrums am 21.09. in Ehringshausen

Was wir gegen Antisemitismus und Rassismus im Sport tun können

Antisemitische Hetze und Menschenverachtung werden heute weit verbreitet, wie die [Zahlen des Innenministeriums](#) belegen. Wenngleich Rassismus und Antisemitismus im Sport nicht dominant sind, stellen sie doch Vereine, Sportkreise und Verbände oft vor echte Herausforderungen. Der Sport hat die große Chance für den Transport von demokratischen und zivilgesellschaftlichen Werten, weil Begegnungen geschaffen werden, die es so gesellschaftlich nicht oft gibt. Im Gespräch mit drei Vertretern des jüdischen Turn- und Sportverbands Makkabi wollen wir für diese Thematik sensibilisieren und Handlungsmöglichkeiten gegen Antisemitismus und Rassismus im Sport aufzeigen. [Den Einladungsflyer zu dieser Veranstaltung finden Sie hier.](#) Der Eintritt ist frei. Es gelten die aktuellen Hygienebedingungen. Anmeldungen bitte per E-Mail an wir@lahn-dill-kreis.de.

WIR - Mikroprojekte 2022

Förderung von fünf Projekten im Kreis

Das hessische Landesprogramm WIR fördert Projekte im Bereich Vielfalt und Teilhabe von Menschen mit Migrationsgeschichte. Der Lahn-Dill-Kreis nimmt seit 2016 am Landesprogramm teil. Er versteht Integration als einen wechselseitigen Prozess zwischen Zugewanderten und Aufnahmegesellschaft, der allen Beteiligten nützt. Ziel von Integration ist die gleichberechtigte Teilhabe aller. Neu im WIR-Programm ist die jährliche [Förderung von kleinen Maßnahmen](#) vor Ort. Hierzu stehen dem Vielfaltszentrum des LDK jährlich insgesamt 5.000 € zur Verfügung. Antragsberechtigt sind lokale gemeinnützige und kirchliche Träger. Die Mittel für 2022 gehen nach erfolgter Ausschreibung und dem Auswahlverfahren an folgende Institutionen im Kreis: Musikalische Akzente aus Syrien e.V., Flüchtlingshilfe Mittelhessen, Kairos-Projekt Haiger, Förderverein für das Gedenken an die ukrainischen Kriegsgefangenen des 1. Weltkriegs (GUKEW e.V.) und an die Pfarrei zum guten Hirten an der Dill.

In eigener Sache

Homepage des Vielfaltszentrums informiert zu Fördermöglichkeiten

Wir bemühen uns darum, Sie auch zwischen den Erscheinungsterminen des Newsletters auf dem Laufenden zu halten. Neben allgemeinen Informationen zum hessischen Landesprogramm WIR sowie den laufenden Aktivitäten des Vielfaltszentrums – WIR im Lahn-Dill-Kreis finden Sie aktuelle Hinweise auf der [Homepage des Vielfaltszentrums](#). Interessant sind hier vor allem die Fördermöglichkeiten, die möglichst aktuell gehalten werden. Es kann selbstverständlich kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden. Bei der Suche nach Projektförderungen können Sie hier jedoch regelmäßig hineinschauen. Gerne nehmen wir dazu natürlich auch Hinweise auf Förderungen auf, die wir von Ihnen erhalten.

Ab Ende September geplant

Heisterberg wird neues Ankunftszentrum

Geflüchtete Menschen aus der Ukraine kommen ab 30. September 2022 zunächst im [Jugendfreizeitheim Heisterberg](#) unter, dem zukünftigen Ankunftszentrum im Lahn-Dill-Kreis. Damit löst es die Kestnerschule in Wetzlar als Ankunftszentrum ab. Die Kestnerschule wird ab Oktober für die Schülerinnen und Schülern der Friedrich-Fröbel-Schule vorbereitet. Ab dem 15. September 2022 wird das Jugendfreizeitheim als Ankunftszentrum hergerichtet. 110 Menschen könnten dort Platz finden. Mit Einzug der Geflüchteten in Heisterberg steht das Jugendfreizeitheim nicht mehr für Freizeiten von Kindern und Jugendlichen zur Verfügung.

Am 15.09.2022 in Niedergirmes

Ukraine-Informationsveranstaltung des Kommunalen Jobcenters

Das Kommunale Jobcenter Lahn-Dill lädt am Donnerstag, den 15. September 2022 um 17.00 Uhr zu einer Informationsveranstaltung ein. Im großen Saal des Nachbarschaftszentrums Niedergirmes informieren Mitarbeitende des Kommunalen Jobcenters Lahn-Dill über Zuständigkeit, Leistungen und Verfahrensweisen des Jobcenters und beantworten die Fragen der Anwesenden. Eingeladen sind geflüchtete Personen aus der Ukraine, Vermieter*innen sowie alle ehrenamtlichen Helfer*innen aus der Stadt Wetzlar und den Stadtteilen.

Geflüchtete Menschen aus der Ukraine können seit dem 1. Juni 2022 Ansprüche auf Leistungen nach dem zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) erhalten. Somit ist das Jobcenter zuständig für die Sicherung des Lebensunterhalts und unterstützt die Menschen bei der Integration. Das Jobcenter bietet Hilfestellungen bei der Suche nach einer Arbeit oder Ausbildung, bei der Qualifizierung oder beim Erlernen der deutschen Sprache. Eine Dolmetscherin wird vor Ort sein und die Informationen auf Russisch übersetzen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich. Zur besseren Planung freuen wir uns jedoch über Rückmeldungen bei einer Teilnahme per E-Mail an: Infoveranstaltungen@jobcenter-lahn-dill.de. Alle wichtigen Informationen, zum Teil in weiteren Sprachen, finden Sie [hier](#) zusammengefasst.



Aufenthaltsgenehmigung oder Fiktionsbescheinigung Wie geht es für ukrainische Geflüchtete weiter?

Wetzlar/Dillenburg/Herborn (IdK): Geflüchtete Menschen aus der Ukraine können die Gültigkeit ihrer Fiktionsbescheinigung – also dem Dokument, das vorläufig eine Registrierung in Deutschland nachweist – bei der Ausländerbehörde des Lahn-Dill-Kreises verlängern lassen. Dazu schicken Betroffene ihr abgelaufenes Dokument postalisch an die Behörde und erhalten zeitnah die neue, verlängerte Version zurück. Wichtig sei es, dass die Namen der Personen auch am Briefkasten ihres Wohnsitzes angebracht sind, damit die Post ankommt, wenn die verlängerten Bescheinigungen zurückgesendet werden. Außerdem sei es wichtig, dass sich Personen, die wegziehen oder Deutschland verlassen, beim Einwohnermeldeamt in ihrer zuständigen Kommune wieder abmelden.

Aktuell gebe es viele Anfragen von ukrainischen Geflüchteten, die auf ihre Aufenthaltserlaubnis warten – eine kleine Plastikkarte, ähnlich dem Personalausweis. Aufgrund der Vielzahl von Anträgen kommt es zu Verzögerungen bei der Erteilung der Genehmigung. Auslandsreisen ohne Aufenthaltsgenehmigung seien leider nicht möglich. Mit der Fiktionsbescheinigung seien die Menschen allerdings erstregistriert und damit zunächst auf der sicheren Seite. Auf der Homepage des Lahn-Dill-Kreises unter <https://www.lahn-dill-kreis.de/aktuelles/fluechtlinge-im-ldk/ukraine/> steht zusammengefasst, welche Unterlagen die Geflüchteten einreichen sollten, damit sie am Ende ihre Aufenthaltsgenehmigung in den Händen halten können.

IAB Zuwanderungsmonitor

Hilfequote von Menschen aus Asylherkunftsländern deutlich gesunken

Die Bevölkerung ohne deutschen Pass in Deutschland ist nach Angaben des Ausländerzentralregisters im Juni 2022 gegenüber dem Vormonat um rund 90.000 Personen gewachsen (plus 11,6%). Dies geht vor allem auf den starken Zuwachs von Personen mit ukrainischer Staatsangehörigkeit zurück. Das geht aus dem monatlichen [Zuwanderungsmonitor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung \(IAB\)](#) hervor.

Bei ukrainischen Staatsangehörigen ist die Zahl der Arbeitslosen im Vergleich zum Vorjahresmonat um knapp 170.000 Personen gestiegen. Grund dafür ist der Wechsel ukrainischer Geflüchtete vom Asylbewerberleistungsgesetz in die Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) am 1. Juni 2022 und die damit verbundene statistische Erfassung in der Grundsicherung. So würden hilfebedürftige Personen als arbeitslos erfasst, sofern sie dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Wie aus dem Bericht weiter hervorgeht, lag die Arbeitslosenquote der Bevölkerung ohne deutschen Pass im Mai 2022 bei 11,9 Prozent und ist im Vergleich zum Vorjahresmonat um 3,0 Prozentpunkte gesunken. Ebenfalls rückläufig ist auch die SGB-II-Hilfequote der ausländischen Bevölkerung. Diese lag im April 2022 bei 16,8 Prozent und ist gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,9 Prozentpunkte gesunken.

Neue BAMF-Studie

Mehr Akademiker aus Afghanistan

Häufiger mit Familie, älter und häufiger mit Hochschulabschluss – Geflüchtete aus Afghanistan, die in den letzten Jahren nach Deutschland gekommen sind, haben ein anderes Profil als früher. Das geht aus einer [Untersuchung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge](#) (Bamf) hervor, für die Daten zu Asylsuchenden in den vergangenen fünf Jahren ausgewertet wurden. Die Publikation blickt auf alle Asylsuchenden, aber besonders auf Asylbewerber aus Afghanistan. Sie kommen inzwischen häufiger mit Familie. Auch ihr durchschnittliches Bildungsniveau hat sich geändert: Im Vergleich zu 2017 kommen weniger Menschen ohne formelle Schulbildung – dafür haben fast doppelt so viele eine Hochschule besucht.

Migrationsstatistik 2021

Mehr Menschen zugewandert als fortgezogen

Im zweiten Corona-Jahr 2021 sind rund 329.000 Personen mehr nach Deutschland zugezogen als aus Deutschland fortgezogen. Die meisten kamen aus Rumänien, der Türkei, Syrien und Afghanistan. Deutsche wiederum wanderten am meisten in die Schweiz und USA aus. Das geht aus einer Pressemitteilung des [Statistischen Bundesamtes](#) hervor. 2021 gab es rund 1,32 Millionen Zuzüge und etwa 990 000 Fortzüge über die Grenzen Deutschlands.

Deutsch-polnisches Barometer

Deutschland ist in Polen ein Thema am Frühstückstisch

Das [deutsch-polnische Barometer](#) ist ein Projekt, das regelmäßig die Meinungen von Polen und Deutschen über die gegenseitige Wahrnehmung der deutsch-polnischen Beziehungen und deren aktuelle Herausforderungen erhebt und präsentiert. Seit über zwei Jahrzehnten misst das Deutsch-Polnische Barometer die „Atmosphäre“ in den deutsch-polnischen Beziehungen und zeigt an, wie sich Deutsche und Polen gegenseitig wahrnehmen, wie sie den Zustand der bilateralen Beziehungen und das Handeln des jeweils anderen Landes in verschiedenen Politikbereichen einschätzen.

Luft nach oben

Vielfalt in der Kommunalpolitik

Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sind in den Rathäusern der Republik wenig vertreten. Nur vier von 337 Oberbürgermeister*innen in Deutschland haben zum Beispiel einen Migrationshintergrund, wie eine [MEDIENDIENST-Recherche](#) gezeigt hat. Das entspricht ca. 1,5%. Zum Vergleich: In der Bevölkerung haben knapp 27 Prozent der Menschen einen Migrationshintergrund. Aus der Forschung wisse man, dass es viele engagierte Kommunalpolitikerinnen und –politiker mit Einwanderungsgeschichte gebe, aber Parteien sie noch zu selten für Spitzenämter nominieren. Eine Quote für Parteien würde dieses Problem schnell beheben, aber es sei unrealistisch, das sie kommt. Außerdem müssten Parteien Wege finden, ihre Kandidatinnen und Kandidaten vor rassistischen Anfeindungen zu schützen.

Sachverständigenrat Migration

Mehr Geflüchtete sind Neubürgerinnen

Die Integration der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien ist gut vorangeschritten. Dies werde sichtbar an steigenden Einbürgerungszahlen. Jetzt hat der [Sachverständigenrat für Migration und Integration \(SRV\)](#) die Zahl der Einbürgerungen bis 2028 geschätzt. Demnach müssen sich Politik und Verwaltung in Ländern und Kommunen auf erheblich mehr Anträge einstellen. Immer mehr Menschen, die 2015/16 nach Deutschland geflohen und mittlerweile gut integriert sind, erfüllen die Voraussetzungen und lassen sich einbürgern. So erhielten im 2021 bundesweit 19.100 syrische Staatsangehörige den deutschen Pass – fast dreimal so viele wie im Jahr zuvor.

Pilotprogramm NesT wird reguläres Aufnahmeprogramm

Staat und Zivilgesellschaft schaffen zusätzliche Aufnahmeplätze

Das bisherige [Pilotprogramm NesT](#) wird damit integraler Bestandteil des deutschen Resettlement-Programms. Resettlement ist die Neuansiedlung von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen, die weder eine Bleibeperspektive im Erstzufluchtsstaat noch eine Möglichkeit haben, in ihre Heimat zurückzukehren.

Das Resettlement ist ein Weg der legalen Migration, der unabhängig und neben dem Grundrecht auf Asyl besteht. Die Auswahl für das Resettlement-Programm erfolgt nach Kriterien des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR). NesT steht für „Neustart im Team“ und ist ein zusätzliches humanitäres Aufnahmeprogramm für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge. Die Aufnahme der Flüchtlinge ist an die Unterstützung durch Mentoring-Gruppen gebunden, die Wohnraum zur Verfügung stellen und die neu eingereisten Flüchtlinge bei der Integration unterstützen.



Ende der Kettenduldungen?

Bunderegierung bringt Chancen-Bleiberecht auf den Weg

Die Bundesregierung will die Hürden für ein dauerhaftes Bleiberecht für langfristig in Deutschland nur geduldete Ausländer senken. Das Kabinett beschloss im Juli einen Gesetzentwurf, der ein sogenanntes [Chancen-Bleiberecht](#) für Menschen vorsieht, die am 1. Januar seit fünf Jahren ohne sicheren Aufenthaltsstatus in Deutschland lebten. Das waren 136.605 Menschen. Die Regelung soll für jeweils für ein Jahr gelten, in dem Betroffene die Chance bekommen sollen, alle Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht zu erfüllen. Ziel der Bundesregierung ist es, sogenannte Kettenduldungen für Menschen zu vermeiden, die zwar keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben, wegen persönlicher Gründe oder der Situation im Herkunftsland aber auch nicht abgeschoben werden können.

Nachgefragt:

Was ist eine Duldung?

Mehr als 242.000 Menschen leben in Deutschland mit einer "Duldung". Das heißt: Sie dürfen nicht in Deutschland bleiben, können aber auch nicht abgeschoben werden. Rund 100.000 von ihnen leben hier seit fünf Jahren oder länger. Diesen Personen will die Bundesregierung jetzt die Möglichkeit geben, eine Aufenthaltserlaubnis "auf Probe" zu erhalten. Wie funktioniert die Duldung genau? Welche Rechte haben Geduldete? Und wie kommt man aus der Duldung raus? Antworten auf diese Fragen hat der [MEDIENDIENST](#).

Neues Modul und Smartphone-Funktion für Lernsoftware

Sprachliche Unterstützung für ukrainische Kinder und Jugendliche

Wetzlar/Dillenburg/Herborn (Idk): Seit Beginn des Krieges in der Ukraine haben viele Menschen auch im Lahn-Dill-Kreis Zuflucht gefunden, darunter viele Frauen mit ihren Kindern. Die Mädchen und Jungen besuchen mittlerweile Intensivklassen verschiedener Jahrgangsstufen. Dort lernen sie nicht nur lateinische Buchstaben, sondern auch Deutsch, um sich gut mit ihren Mitschülerinnen und Mitschülern verständigen zu können. Das Medienzentrum Lahn-Dill-Kreis unterstützt die Lehrkräfte, die sich auch um die ukrainischen Kinder und Jugendlichen kümmern, bei der sprachlichen Förderung. Dafür steht ein neues Lernangebot speziell für ukrainischsprachige zur Verfügung. Das neue Angebot umfasst vor allem die interaktive Software „Lernmax“. Diese wird bereits seit mehreren Jahren kostenlos durch das Medienzentrum zur Verfügung gestellt und vor allem im Unterricht Deutsch als Fremd-/Zweitsprache (DaF/DaZ) genutzt. Nun gibt es für „Lernmax“ auch ein Modul für ukrainisch sprechende Kinder und Jugendliche. Zudem können Lehrkräfte sowie Schülerinnen und Schüler die Software ab sofort auch auf mobilen Geräten nutzen.

Mehr Geld für Sprachkurse in Hessen

Deutsch4U – Deutschlernen für alle

Hessen stockt sein Budget für Deutschkurse unter anderem für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine um eine weitere Million Euro auf. Bereits im April dieses Jahres waren die Mittel für das Landesprogramm «MitSprache – Deutsch4U» vor dem Hintergrund des Ukraine-Kriegs um eine Million Euro erhöht worden. Nun stehen statt den ursprünglich vorgesehenen 2,7 Millionen Euro rund 4,7 Millionen Euro bereit. Die Kurse stehen allen Erwachsenen offen, die Unterstützung beim Deutschlernen brauchen, ungeachtet des Herkunftslandes. Mit dem Angebot sollen lange Wartezeiten für einen Integrationskurs vermieden werden. Und nicht alle Geflüchteten haben direkten Zugang zu den Angeboten des Bundes.

Geflüchtete aus der Ukraine

Integration in den Arbeitsmarkt

Der aktuelle Anstieg der Arbeitslosenzahlen in Deutschland lässt sich laut Bundesagentur für Arbeit vor allem durch die Fluchtmigration aus der Ukraine erklären – und nicht durch eine Verschlechterung der Lage am Arbeitsmarkt. Seit dem 1. Juni haben Geflüchtete aus der Ukraine Anspruch auf Leistungen vom Jobcenter. Arbeitsmarktforscher gehen davon aus, dass viele gut qualifizierte Menschen nach Deutschland kommen. Mehr dazu finden Sie beim MEDIENDIENST.

Arbeitskräfteeinwanderung

Maßnahmen gegen den Arbeitskräftemangel

Die Bundesregierung will einen Gesetzentwurf vorlegen, damit Fachkräfte aus Nicht-EU-Staaten leichter einwandern können. Menschen, die einen Arbeitsvertrag in Deutschland vorweisen, sollen einen Aufenthaltstitel bekommen – auch wenn ihre Qualifikationen noch nicht anerkannt



sind. Es würde sich um die fünfte derartige Reform in zehn Jahren handeln. Das Gesetzesvorhaben gehe in die richtige Richtung – wird alleine aber nicht reichen, um dem zunehmenden Arbeitskräftemangel entgegenzutreten, sagen Arbeitsmarkt-Experten. In vielen EU-Ländern, aus denen früher viele Arbeitsmigranten nach Deutschland kamen (wie etwa Polen), werden inzwischen Arbeitskräfte auch händeringend gesucht. Die größten Probleme sehen die Experten

bei der Verwaltung. Viele Ausländer, die bereits Arbeitsverträge haben, haben große Schwierigkeiten, Termine bei den Botschaften zu bekommen, um ein Visum zu beantragen. Auch die Prüfverfahren könne Monate dauern. Mehr zu diesem Thema finden Sie beim [MEDIENDIENST](#).

Gesundheit

Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit

Informationen für die Arbeit mit Geflüchteten

Kriege in verschiedenen Teilen der Welt treiben viele Millionen Menschen aus ihrer Heimat in die Flucht. Viele dieser Menschen kommen nach Deutschland und leiden unter traumatischen Erlebnissen, haben Sorge um die zurückgelassenen Familienmitglieder und Freunde und müssen sich neuen Herausforderungen wie einer fremden Sprache, Kultur und Umgebung stellen. Aufgrund dieser Erlebnisse und Herausforderungen sind die Ressourcen und Widerstandskräfte der betroffenen Menschen stark belastet, und sie sind somit einem erhöhten gesundheitlichen Risiko ausgesetzt. Eine wichtige Aufgabe der soziallagenbezogenen Gesundheitsförderung ist es, Menschen, die von Flucht betroffen sind, zu unterstützen, um ihre gesundheitlichen Ressourcen wieder zu stärken. Die [Koordinierungsstelle Gesundheitliche Chancengleichheit Hessen](#) hat eine Übersicht mit themenrelevanten Artikeln sowie hilfreichen Webseiten und Unterstützungsangeboten erstellt.

Wenn kein Arzt kommt

Weltbericht über die Gesundheit von Migranten und Flüchtlingen

Im ersten [Weltbericht der WHO](#) über die Gesundheit von Flüchtlingen und Migranten wird schnell deutlich, dass es diesen meist schlechter geht als der Bevölkerung im Ziel- oder Aufnahmeland. Die Ursachen sind vielfältig: Krankheiten würden oft spät erkannt oder behandelt, das Leben in mangelhaften Unterkünften, gefährlichere Jobs wie illegale Schwarzarbeit, kein Zugang zum Gesundheitswesen, gefährliche Fluchtrouten, Haft oder Folter auf dem Weg ins Zielland. Auch gebe es eine höhere Kindersterblichkeit.

Hessen – engagiert gegen FGM

Ärztliche Videosprechstunde als Pilotprojekt

Von weiblicher Genitalverstümmelung/-beschneidung (FGM/C: female genital mutilation/cutting) sind nach Schätzungen der [Weltgesundheitsorganisation \(WHO\)](#) weltweit ca. 200 Millionen Frauen und Mädchen betroffen. Durch Migration und Flucht aus Ländern, in denen FGM/C praktiziert wird, wächst die Zahl der betroffenen Frauen in den Einwanderungsländern. Die [Frauenrechtsorganisation Terre des Femmes](#) geht davon aus, dass in Deutschland ca. 70.000 Betroffene leben und gut 17.700 Mädchen gefährdet sind, diesem in Körper und Seele einschneidenden Eingriff ausgeliefert zu werden. [pro familia Hessen](#) bietet im Rahmen von Videosprechstunden Informationen für [betroffene Frauen und Mädchen](#) an, ebenso wie für [medizinische Fachkräfte](#).

Rassismus Debatte

Interview mit Kien Nghi Ha

30 Jahre Rostock-Lichtenhagen

Vor 30 Jahren kam es im Stadtteil Rostock-Lichtenhagen zu einem massiven rassistischen Pogrom gegen osteuropäische Roma und vietnamesische Vertragsarbeiter. Kien Nghi Ha ist promovierter Kultur- und Politikwissenschaftler. Er hat an der New York University sowie an den Universitäten in Bremen, Heidelberg, Tübingen und Bayreuth zu postkolonialer Kritik, Rassismus, Migration und Asian Diasporic Studies geforscht und gelehrt. In einem Interview für die Zeitschrift „konkret“ bzw. in der [erweiterten Fassung im MiGAZIN](#) geht es um Erinnerungskultur und strukturellen Rassismus in der Gesellschaft.

Jahresbericht der Meldestellen

Mehr Angriffe auf Jüdinnen und Juden

Die Zahl der antisemitischen Anfeindungen und Angriffe steigt laut einem aktuellen Bericht weiter an – auch weil es mehr Meldestellen gibt. Vor allem das Existenzrecht Israels wird immer häufiger infrage gestellt, häufigstes Motiv bleibt Rechtsextremismus. Antisemitismus gehört weiterhin zum Alltag der in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden. Das macht der Jahresbericht des Bundesverbands der [Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus](#) (Rias) deutlich.

Rassismusvorwurf

Winnetou – Bücher vom Markt genommen



Wegen "verharmlosender Klischees" hat der Ravensburger Verlag den Verkauf mehrerer Kinderbücher zu dem Film ["Der junge Winnetou"](#) gestoppt. Die Entscheidung löste Unverständnis aus, fand aber auch Zustimmung. Bei den gestoppten Artikeln handelt es sich den Angaben zufolge um Lizenztitel - ein Kinderbuch ab acht Jahren, ein Erstleserbuch, ein Puzzle sowie ein Stickerbuch. Ein Kritikpunkt bezog sich den Berichten zufolge darauf,

dass in dem Buch rassistische Stereotype wiedergegeben würden. Die Selbstzensur begründet der Verlag damit, dass angesichts der Unterdrückung der indigenen Bevölkerung ein romantisierendes Bild mit vielen Klischees gezeichnet würde. Die von den Bundesländern getragene Deutsche Film- und Medienbewertung (FBW) zeigte sich in der Bewertung des Films gespalten, letztlich erhielt der Film das Prädikat [„besonders wertvoll“](#).

Native americans in Deutschland

Brücken bauen – Menschen verbinden

Die [„Native American Association of Germany e.V.“ \(NAAoG e.V.\)](#) ist zentrale Anlaufstelle für Native Americans ("Indianer") in Europa. NAAoG e.V. unterstützt indianische Künstler, Autoren, Gastredner, Referenten und kooperiert mit indianischen Organisationen. Darüber hinaus ist sie eine Bildungsstätte für Europäer, die ihr Wissen über "indianische" Nationen (Native American Nations) erweitern und Informationen aus erster Hand erhalten möchten. Eine Stellungnahme der NAAoG zum Winnetou Film und zum Rückzug des Ravensburger Verlags finden Sie [hier](#).

Neue Studie mit nicht ganz so neuen Erkenntnissen

Begegnungen schützen gegen Vorurteile gegenüber Muslimen

Begegnungen schützen gegen Vorurteile, auch bei Jugendlichen. Dabei könnte den sozialen Medien eine größere Rolle zukommen als bisher gedacht. Das ist das Ergebnis einer Studie unter 14- bis 29-Jährigen zu Vorurteilen gegenüber Muslimen. Als Gegenmittel gegen die Vorurteile setzt der Auftraggeber der Studie, die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (AEJ) auf Begegnungen mit Muslimen. Dabei böten die sozialen Medien Möglichkeiten, die bisher noch nicht genug betrachtet würden. Die Studie im Wortlaut finden Sie [hier](#).

Interview mit der Antidiskriminierungsbeauftragten

Ferda Ataman im Gespräch mit der ZEIT

Ferda Ataman ist seit Juli Antidiskriminierungsbeauftragte des Bundes. Die Leitung der Antidiskriminierungsstelle war zuvor vier Jahre vakant. In dem [Interview mit der ZEIT](#) geht es um Heimat, gelöschte Tweets und goldene Kartoffeln. Ataman wurde 1979 in Stuttgart geboren, studierte Politik und war u.a. im Familien- und Integrationsministerium in NRW, auch als Redenschreiberin für Armin Laschet tätig. Daneben profilierte sie sich als Vorsitzende des Vereins „Neue Deutsche Medienmacher“. Ihre [Nominierung](#) war nicht unumstritten.

Migration weltweit

Was könnte Deutschland lernen?

Ankommen auf Schwedisch

Schweden setzt bei der Integration auf so genannte [Fallmanagerinnen](#). Sie sind Vermittlerinnen, Vertraute und Wegbegleiterinnen für Geflüchtete. Es gibt eine zentrale Person, die die Verantwortung für den gesamten Integrationsprozess übernimmt. Daran mangle es in deutschen Kommunen, weil die Zuständigkeiten für die Integrationsarbeit bei verschiedenen Fachbehörden und Organisationen liegen. Fallmanagerinnen sind in erster Linie Bezugspersonen für Geflüchtete. Ein Forschungsprojekt der [Universität Potsdam](#) und der [Ruhr-Universität Bochum](#) untersucht Strukturen, Prozesse, Akteurinnen und Akteure sowie Koordinations- und Leistungsfähigkeit des lokalen Integrationsmanagements in Deutschland, Schweden und Frankreich. Neben einer empirischen Bestandsaufnahme liegt der Fokus auf „good practices“ in den drei Ländern.

Die EU zwischen „gut und böse“

Mienenfeld der Migrationspolitik – ein Kommentar

„Europa trägt (...) eine beträchtliche Mitverantwortung für die prekäre Lage der meisten Transitmigranten und Flüchtlinge in den Maghrebstaaten, im Sudan, in Niger und anderswo. Allerdings hat die EU zurzeit gar keine andere Möglichkeit, als ihre Außengrenzen so gut wie möglich zu schützen. Zu groß ist der Migrationsdruck in praktisch allen direkten Mittelmeer-Anrainerstaaten, zu hoch auch der Druck durch Fluchtbewegungen aus sehr armen, instabilen Regionen sowie aus Kriegsgebieten.“ Heißt es in einem [Kommentar in der NZZ](#) von Beat Stauffer, Buchautor und Journalist mit den Schwerpunkten Maghreb, Migration, islamistische Bewegungen sowie Muslime in Europa.

5 Jahre nach Vertreibung der Rohingya

Keine Perspektiven in Sicht

Zum [fünften Jahrestag](#) der Vertreibung der Rohingya-Minderheit aus Myanmar haben Hilfsorganisationen an deren verzweifelte Lage erinnert. Vor fünf Jahren hatte die Armee im mehrheitlich buddhistischen Myanmar eine brutale Offensive gegen die muslimische Rohingya-Minderheit in der Region Rakhine begonnen. Hunderttausende Menschen flohen ins benachbarte Bangladesch. Die Vereinten Nationen bewerten ihre Verfolgung als Völkermord. Dabei hat sich die [Lage in den Camps](#) in den vergangenen fünf Jahren nach Einschätzung von „Ärzte ohne Grenzen“ verschlechtert. Die Menschen lebten äußerst beengt in Bambushütten mit Plastikplanen, die hygienischen Verhältnisse seien schlecht. Krankheiten wie Krätze seien weitverbreitet. Auch mentale Erkrankungen nahmen zu. Hinzu komme die Hoffnungslosigkeit vor allem junger Menschen, Kinder und Jugendliche hätten kaum Möglichkeiten, zur Schule zu gehen.

Kultur

Buch: Rassismus in der deutschen Sprache

Wie kann Sprache de-kolonialisiert werden?

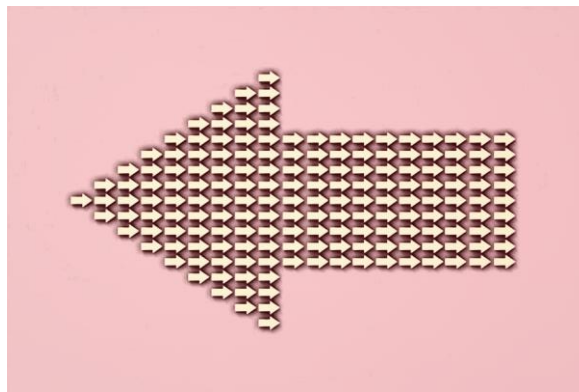
Woher stammen rassistische Wörter und Ausdrücke? Wie können diese verletzenden Bezeichnungen ersetzt werden? Diesen Fragen geht die Kulturwissenschaftlerin Susan Arndt in ihrem [Buch "Rassistisches Erbe: Wie wir mit der kolonialen Vergangenheit unserer Sprache umgehen"](#) nach. Bei der aufgeheizten politischen Debatte um sprachliche Grenzen und diskriminierende Wortverwendungen, stellt sich die Frage, welche Wörter man benutzen darf. Wo liegen beispielsweise die Unterschiede zwischen »Farbiger« und »Person of Color«? Dieses Buch erläutert, wieso das N-Wort aus der Sprache verschwindet, und hinterfragt kritisch, welche vergangenen Denkmuster in Wörtern wie »Naturvolk«, »Eingeborene« und »Tropenmedizin« stecken.

Buch: Europäische Kultur hat orientalische Wurzeln
„Europa hat einen Migrationshintergrund“

In seinem bei der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft erschienenen Buch ["Die Herkunft Europas. Eine Reise zum Ursprung unserer Kultur"](#) lädt der in Innsbruck und Salzburg lehrende Kulturhistoriker Bernhard Braun die Leser zu einer Reise durch die Geschichte der europäischen Kultur und ihrer orientalischen Wurzeln ein. Eine klare Absage erteilt der Autor vor diesem Hintergrund den abgrenzenden Vorstellungen von einem christlichen Abendland.

Buch: Das Fluchtparadox
Asylpolitik zwischen Menschenrechten und Menschenrechtsverletzungen

In ihrem neuen Buch „Das Fluchtparadox“ schildert die österreichische [Migrationsforscherin Judith Kohlenberger](#) die Widersprüche europäischer Asylpolitik. Ihre These: Theoretisch stützt sich das europäische Asylsystem auf internationale Abkommen wie die Genfer Flüchtlingskonvention. Gleichzeitig höhlen europäische Institutionen diese Abkommen aus, indem sie Menschenrechtsverletzungen an den Außengrenzen billigen, etwa Pushbacks. In ihrer polemischen Analyse sucht Kohlenberger nach den Ursprüngen dieser Widersprüche. Im Interview mit [domradio.de](#) spricht die Autorin über die Widersprüche im Umgang mit Flucht.



Schauspielerin und Schriftstellerin zwischen den Welten
Georg-Büchner-Preis für Emine Segvi Özdamar

Der mit 50.000 Euro dotierte Büchner-Preis gilt als bedeutendste literarische Auszeichnung im deutschen Sprachraum und wird am 5. November in Darmstadt verliehen. In diesem Jahr geht der Preis an die Schauspielerin und Schriftstellerin [Emine Segvi Özdamar](#). 1946 in der Türkei geboren ging sie nach dem Militärputsch in der Türkei 1975 an die Ost-Berliner Volksbühne. Später arbeitete sie in Avignon und Paris und von 1979 bis 1984 am Bochumer Schauspielhaus unter der Intendanz von Claus Peymann. Die vielfach ausgezeichnete Schriftstellerin, Schauspielerin und Theaterregisseurin lebt in Deutschland, der Türkei und Frankreich.

Kontakt Newsletter: Norbert Wenzel, Vielfaltszentrum – WIR im Lahn-Dill-Kreis

norbert.wenzel@lahn-dill-kreis.de, Tel. 06441 407 1487

Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, schreiben Sie uns bitte eine E-Mail.

Fotos: LDK, privat und Pixabay

Zur Gleichbehandlung der Geschlechter bemühen wir uns um eine genderneutrale Schreibweise.

Impressum

Kreisausschuss des Lahn-Dill-Kreises
Karl-Kellner-Ring 51
35576 Wetzlar

E-Mail: info@lahn-dill-kreis.de
Tel.: 06441 407-0
Fax: 06441 407-1050

Der Lahn-Dill-Kreis ist eine Körperschaft des Öffentlichen Rechts und wird vertreten durch den Kreisausschuss, dieser durch den Landrat Wolfgang Schuster, Anschrift wie oben.

Umsatzsteuer-Identifikationsnummer
gem. § 27 a Umsatzsteuergesetz: DE 112641364